



# Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

## Interview mit Gerhard Schröder Ministerpräsident von Niedersachsen



*Frage: Nach Ansicht der Demoskopien hat bei Wahlen die Partei die größten Chancen, diese zu gewinnen, der die Bevölkerung in Wirtschaftsfragen die größte Kompetenz zuspricht. Berücksichtigen Sie dies bei Ihrem Wahlkampf in Niedersachsen?*

Erst 1998 wird in Niedersachsen der neue Landtag gewählt; erst dann werden die Wählerinnen und Wähler ihre Bewertung der Arbeit der von mir geführten Landesregierung vorzunehmen haben.

Richtig ist, daß der Nachweis wirtschaftlicher Kompetenz ein in Wahlen ausschlaggebender Faktor ist. Diese Kompetenz stellt die Niedersächsische Landesregierung tagtäglich unter Beweis mit ihrer Wirtschaftsförderung, mit ihrer Bürgerschaftspolitik, mit ihrer Arbeitsmarktpolitik ebenso wie mit ihrer Technologie- und Verkehrspolitik.

*Frage: Mit welchen Mitteln würden Sie die Arbeitslosigkeit bekämpfen?*

Unsere gesamte Politik ist darauf ausgerichtet, Arbeit zu sichern und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu fördern. Der größte Arbeitgeber des Landes, die Volkswagen AG, an der das Land Niedersachsen einen beträchtlichen Aktienanteil hält, hat mit der Einführung der 4-Tage-Woche sowie mit zahlreichen flankierenden Maßnahmen einen Weg gewiesen, wie Entlassungen vermieden werden können.

Der Vorschlag der IG Metall zu einem „Bündnis für Arbeit“ weist in die gleiche Richtung. Wir unterstützen ihn und werden Anfang 1996 Unternehmerverbände und Gewerkschaften einladen, um daraus das, was im Land gemacht werden kann, umzusetzen.

*Frage: Wie sehen Sie die Wirtschaftspolitik der CDU/CSU, und was ist Ihre Alternative dazu?*

Eine in sich geschlossene und stringente Wirtschaftspolitik der CDU/CSU, ja der Bundesregierung insgesamt, vermag ich nicht zu erkennen. Die Bundesregierung stellt nicht einmal die richtigen Fragen; nämlich: Wie sichern wir den Produktionsstandort Deutschland angesichts der Globalisierung der Märkte? Welche Rahmenbedingungen braucht unsere Wirtschaft, um im weltweiten Wettbewerb zu bestehen? Wie können wir die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme gewährleisten?

Die deutsche Sozialdemokratie steht dafür, die Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Industrie in der Bundesrepublik Deutschland zu verbessern, ohne dabei den Standortvorteil soziale Sicherheit preiszugeben und ohne die ökologischen Folgen aus den Augen zu verlieren.

*Frage: Die Überbewertung der Deutschen Mark bringt unsere Exportwirtschaft - hier besonders auch die Flugzeugindustrie - in ernsthafte Schwierigkeiten. Sehen Sie eine Möglichkeit, dem entgegenzuwirken?*

In der Tat bringt die Aufwertung der D-Mark von Anfang des letzten Jahres unsere Exportindustrie in große Wettbewerbsprobleme. Die Anstrengungen von

Beschäftigten und Unternehmen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, wurden mit einem Schlag konterkariert. Bei einer Exportquote von fast 25% unseres Bruttosozialproduktes wird deutlich, wie groß unsere Exportabhängigkeit ist. Dies betrifft nicht nur die Flugzeugindustrie. Die Luftfahrtindustrie ist aber durch ihre internationale und ihre Kooperation gerade mit Unternehmen in Abwertungsländern wie Großbritannien, Spanien und Italien besonders betroffen. Wechselkurse sind Ausdruck von Marktentscheidungen, die direkt nicht beeinflusst werden können.

Eine Währungsunion in Europa würde das Wechselkursrisiko beseitigen. Dies setzt aber einerseits voraus, daß die Bedingungen für eine stabilere Währung in allen Währungsunionsstaaten erfüllt sind und andererseits, daß die Hauptkonkurrenten an der EWU beteiligt sind. Im übrigen kommen für die Luftfahrtindustrie noch weitere Probleme hinzu wie verzerrter Subventionswettbewerb mit den USA und verzögerte Beschaffungsentscheidungen für die Bundeswehr durch die Bundesregierung.

*Frage: In der deutschen Geschichte waren es vor allem die Sozialdemokraten, die im Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit gegen Nazis und Kommunisten die weitest großen Opfer gebracht haben. Leider ist dies insbesondere bei jungen Menschen nicht bekannt. Auch bei der Festveranstaltung am 7.10.95 in Berlin wurde auf diese unbestreitbaren Tatsachen nicht gebührend hingewiesen. Teilen Sie unsere Ansicht, und wie hätten Sie sich verhalten?*

Auch in Niedersachsen haben wir zwei Jubiläumsfeiern gehabt. Bei der Veranstaltung zum 50. Jahrestag der Wiedergründung der SPD in Wennigsen und wenig später auf der Feier zum 100. Geburtstag von Kurt Schumacher habe ich gesprochen.

Bei diesen beiden Veranstaltungen wurde nun - was ja anhand der Biographie Kurt Schumachers naheliegt - ausdrücklich auf den Kampf der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gegen die Gewaltherrschaft der Nazis und gegen die stalinistische Unterdrückung in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR aufmerksam gemacht. Kurt Schumacher hat diesen Kampf in seiner Person geradezu verkörpert.

*Frage: Aus leidvoller Erfahrung im Kampf gegen zwei Diktaturen wird das Reichsbanner stets darauf hinweisen, welche Gefahren von links- und rechtsextremen Parteien unserer Republik drohen. Wie stark sind die extremen Kräfte in Niedersachsen?*

Der Einfachheit halber lege ich Ihnen den neuesten Bericht des Niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz bei. -

In den letzten Wahlen in Niedersachsen haben weder rechts- noch linksextreme Parteien eine Rolle gespielt.

*Frage: Seit der Gründung des Reichsbanners 1924 waren wir mit und die SPD für die Kommunisten der Hauptfeind. Das änderte sich auch nicht nach Ende des*

*2. Weltkrieges in der damaligen sowjetischen Besatzungszone. Wieder waren es ehemalige Reichsbannermitglieder und Sozialdemokraten, die von den Kommunisten schlimmer als Schwerverbrecher behandelt wurden, weil sie sich gegen die Zwangsversteigerung wehrten. Wir haben aus der Geschichte gelernt, und deshalb kann es keine Gemeinsamkeiten mit der PDS als Nachfolgepartei der Kommunisten geben. Können Sie unsere Ansicht verstehen und würden Sie sich von der PDS tolerieren lassen?*

Natürlich habe ich Verständnis für Ihre Position. Klar ist: die PDS ist unser politischer Gegner. Die Sozialdemokratie bemüht sich darum, die Wählerinnen und Wähler der PDS für sich zu gewinnen - wie sie das auch mit den Wählerinnen und Wählern der anderen konkurrierenden Parteien versucht.

Ich halte allerdings nichts davon, die PDS in Bausch und Bogen in ihrer Gesamtheit zu verteufeln. Zur Zeit jedenfalls gibt es ganz unterschiedliche Strömungen in dieser Partei; und die Masse der PDS-Wählerinnen und -Wähler wählt sie meines Erachtens nicht wegen ihres Programms, sondern aus Enttäuschung über die Folgen der Vereinigung.

Im übrigen versucht die PDS gerade, ihre Vergangenheit kritisch - wenn auch lange nicht kritisch genug - aufzuarbeiten. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das in der „Frankfurter Rundschau“ vom 10. Januar 1996 veröffentlichte Thesenpapier.

Aus diesen Gründen plädiere ich für einen Umgang mit der PDS so, wie er unter konkurrierenden Parteien üblich sein sollte. - Was den zweiten Teil Ihrer Frage angeht: In Niedersachsen stellt sie sich nicht - und wenn sie sich in den (nicht mehr ganz so) neuen Ländern stellt, dann sollen und müssen die Genossinnen und Genossen dort vor Ort entscheiden.

*Die Fragen wurden von Hans Bonkas gestellt.*

Das Reichsbanner	Erscheint seit 1924
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).	
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.	
"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.	
"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.	
Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt 80.	
Redaktion und Pressesprecher: Alexander Matwejew (presserechtlich verantwortlich), Hans Bonkas (stellv. Pressereferent). Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.	
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.	

## Demokratisches Manifest

*Anlässlich des vom Bundespräsidenten bestimmten Gedenktages am 27. Januar haben wir das Demokratische Manifest verfaßt.*

Die politisch-moralische Grundlage der Demokratie in Deutschland ist der freiheitlich-demokratisch motivierte Widerstandskampf deutscher Demokraten gegen die nationalsozialistische und gegen die kommunistische Diktatur.

Das deutsche Volk ist das einzige Volk im 20. Jahrhundert, das zwei totalitäre Diktaturen mit ihren entsetzlichen Verbrechen durchleben und ertragen mußte.

Beide Male hat die freiheitliche Demokratie mit Hilfe des demokratischen Auslandes über die Diktaturen ob siegt. Der Widerstandskampf deutscher Demokraten hat daran seinen beträchtlichen und bleibenden Anteil. Seine moralische Fundierung und die erbrachten zahlreichen Opfer an Freiheit, Leben und Gesundheit überdecken alle sporadischen Verstrickungen des deutschen Volkes mit diesen Diktaturen.

Das in den 20er Jahren von Demokraten gegründete und getragene „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ hat als einzige militante Schutzorganisation der Demokratie eine wesentliche Voraussetzung für den späteren Widerstandskampf gegen die beiden Diktaturen geleistet. Herausragende Elemente des Widerstandes gegen die Nationalsozialistische Diktatur von 1933 bis 1945 waren zunächst der flächendeckende Widerstand der Reichsbannerleute in ganz Deutschland: dann der zunehmende Widerstand aus weiteren demokratischen, christlichen und militärischen Kreisen, der seinen Höhepunkt im „Aufstand des Gewissens“ am 20. Juli 1944 hatte, um den Diktator zu stürzen.

Seit der Gründung des Reichsbanners bis zum 5.2.1933 haben die nachstehend aufgeführten Mitglieder im Kampf für die Freiheit der ersten Deutschen Republik und um Hitler zu verhindern, ihr Leben verloren. Unzählige sind noch nach der Machtergreifung Hitlers von den Nazis umgebracht worden, die keine Statistik mehr erfaßte. Darunter auch der ehemalige Preußische Ministerpräsident und stv. Vorsitzende des Reichsbanners, Johannes Stelin.

Nach 1945 waren es die Berliner Sozialdemokraten, die mit ihrem großartigen Widerstand gegen die beginnende Kommunistische Diktatur die Existenz ihrer Partei als eine der Säulen unserer Demokratie bewahrten, die Berliner Demokraten zum umfassenden Widerstand gegen die kommunistische Diktatur motivierten, damit die Grundlage für den freiheitlichen Teil Berlins legten, die ersten Akzente für spätere enge freundschaftliche Bindungen mit den demokratischen Westmächten setzten und mit die Voraussetzungen für die Bundesrepublik Deutschland und ihre freiheitlich-demokratische Grundordnung schufen.

Entscheidend dazu beigetragen, daß die Urabstimmung am 31.03.1946 der SPD-Mitglieder zu der Frage „Sollen sich SPD und KPD zu einer Partei vereinen“ zu Gunsten der Demokratie entschieden wurde, haben tausende von Sozialdemokraten in der damaligen sowjetischen Besatzungszone sowie Mitglieder der Ost-CDU und Ost-LPD. Nachdem der „Eiserne Vorhang“ gefallen war und die Sowjets ihr wahres Gesicht zeigten, waren sie es, die oft unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Freiheit die gefährliche Fahrt nach West-Berlin wagten. Sie wollten sich nach dem Ende der Nazi-Diktatur nicht kampflos in ihr Schicksal ergeben und berichteten ihren demokratischen Parteien und der freien Westberliner Presse, Telegraf, Tagesspiegel und Kurier von dem Schreckensregime der Sowjets, das dem Naziregime nicht nachstand.

Nur so war es möglich, daß man in West-Berlin und somit in der ganzen freien Welt erfuhr, daß die Sowjets und die SED in Sachen Diktatur und Unmenschlichkeit mit den Nazis wetteiferten. Sie waren die wirklichen Helden - und darunter auch viele ehemalige Reichsbannermitglieder - die ganz entscheidend dazu beigetragen haben, daß der Westteil der Stadt Berlin nicht kommunistisch wurde. Die Kommunisten haben sich dafür bitter gerächt. Tausende von Sozialdemokraten aber auch christliche und liberale Demokraten wurden von den Sowjets verfolgt. Durch sowjetische Militärtribune, oft ohne jede Anhörung durch das Ferngericht verschleppt. Sehr viele von ihnen haben die Zeit des Leidens nicht überlebt.

Hierdurch ist ersichtlich, welcher Anstrengung es bedarf, die Demokratie zu erhellen.

Die Wahl am 20. Oktober 1946 war mit dem Resumee: „Der Freiheit eine Gasse, so hat Berlin gewählt!“, Ausdruck des Widerstandswillens des demokratischen Berlins gegen die kommunistische Diktatur.

Fortan, besonders durch die erfolgreiche Behauptung gegen die sowjetische Blockade 1948, war Berlin die stärkste Position des demokratischen Widerstandes gegen die kommunistische Diktatur und das weltweite Symbol der Freiheit. Parallel dazu ergab sich ein permanenter, mit großer Opferbereitschaft geführter Widerstand zehntausender deutscher Demokraten gegen die totalitäre kommunistische Diktatur, der, Jahrzehnte nach dem tragischen Volksaufstand am 17. Juni 1953, mit dem absoluten Sieg der Demokratie über diese SED-Diktatur endete.

Diese Marken des demokratischen Widerstandes in Deutschland gegen die nationalsozialistische und gegen die kommunistische Diktatur sind die besten geschichtlichen Positionen des Deutschen Volkes und seiner Demokratie. Ihre geistigen Wurzeln entstammen der Tradition des europäischen Humanismus und der politisch-moralische Charakter des demokratischen Widerstandes ist das unabdingbare Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Der demokratische Widerstand gegen zwei totalitäre Diktaturen hat Vorbildfunktion und Verpflichtung zum notwendigen und ständig sich erneuernden Engagement für Freiheit und Demokratie in unserem Land und in unserer Zeit.

Staat und Gesellschaft, ihre Institutionen und Organisationen, sind aufgefordert, sich der verpflichtenden Vorbildfunktion des Widerstandes für unsere Demokratie würdig zu erweisen.

Hermann Kreutzer / Hans Bonkas

## Schwarz-Rot-Gold - die Farben unseres Reichsbanners sind auch die Farben der Bundesrepublik Deutschland

### Das Deutschlandlied und seine Dichter

Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt - so quollen dem „zweiten Walther von der Vogelweide“ die Worte aus tiefbewegter Brust, als er sich auf dem Nordsee-Eiland ganz seinem Empfinden überließ, nicht ahnend, daß sein Lied einmal so umstritten und so oft mißdeutet werden würde. Es ist ein bleibendes Verdienst des Reichspräsidenten, diesen schwarz-rot-goldenen Sang Hoffmanns von Fallersleben den reaktionären Nationalisten entrissen und zum Nationallied der Deutschen Republik erhoben zu haben. Welche Verkenning Hoffmann'schen Geistes ist es, in dem Deutschlandliede imperialistische oder gar monarchistische Einstellung zu erblicken! Deutsche Einheit und Freiheit war Hoffmanns Wunschziel. Darum bleibt sein Lied der Sang der deutschen Einheit, so wie die Farben Schwarz-Rot-Gold immer das Sinnbild deutscher Einheit sein werden. Wie ein Hohn auf den Dichter mutete es an, als am 50. Todestage Hoffmanns sein Grab u. a. einen Kranz mit schwarz-weiß-roter Schleife aufwies.

Über die Entstehung des Liedes finden wir in den umfangreichen Lebenserinnerungen Hoffmanns genaue Angaben. Er brauchte im Sommer 1841 wie schon oft die Seebäder des damals englischen Helgoland. „Wenn ich dann so wandelte, einsam auf der Klippe, nichts als Meer und Himmel um mich sah, da ward mir so eigen zumute - ich mußte dichten, und wenn ich es auch nicht gewollt hätte. So entstand am 26. August das Lied: Deutschland, Deutschland über alles“. Ein echtes Kunstwerk ist also unser Nationallied; erinnert doch seine Entstehung an die der Goethe'schen Gedichte, von denen der Weimarer Dichterkönig im hohen Alter berichtet: „Ich hatte vorher durchaus keine Eindrücke und keine Ahnung; sondern sie kamen plötzlich über mich und wollten augenblicklich gemacht sein, so daß ich sie auf der Stelle instinktmäßig und traumartig niederschreiben mich getrieben fühlte“. Den hohen Wert der Hoffmann'schen Dichtung fühlte Julius Campe, sein getreuer Verleger, augenblicklich. Am 26. August las ihm Hoffmann die Strophen vor, nicht ohne vorher bemerkt zu haben, daß das Gedicht 4 Louisd'or koste. Noch ehe Hoffmann zu Ende gelesen hatte, lagen die 4 Goldstücke auf seiner Briefftasche, und schon am 4. September brachte Campe dem Dichter das Lied gedruckt mit den Noten der Haydn'schen Weise und mit Hoffmanns Bildnis, gezeichnet von D.A. Lill. Langsam nur wuchs die Beliebtheit des kernigen Sanges; erst die spätere nationalstaatliche Entwicklung führte zur vol-

len Wertschätzung. Im August 1870 ließ Theodor Ebeling, ein Hamburger Freund des Dichters, das Lied neu drucken, das er als deutsche Nationalhymne erkannte. Hoffmann schrieb am 18. August an Ebeling: „Da Sie nun einmal „Deutschland, Deutschland über alles“ drucken lassen, so könnten Sie wohl als Einleitung meine Oratio pro domo beifügen. Daß ich auch an mich denke, werden Sie verzeihlich finden; denn mein Einziges, meine Sonne, ist und bleibt mein Vaterland“.

Nicht Goethe, nicht Schiller hätte dieses Lied schreiben können. Es paßte weder in das kleinfürstliche Weimar von 1800, noch wäre bei der Zerrissenheit des politischen Bewußtseins jener Entwicklungsstufe seine Entstehung damals möglich gewesen. Erst nach den Freiheitskriegen gewann das Nationalgefühl an Boden, nicht zuletzt dadurch, daß Wissenschaft und Kunst sich immer mehr vaterländischen Vorwürfen zuwendeten.

#### Vorkämpfer deutscher Einheit und Freiheit unter „Schwarz-Rot-Gold“:

**Ernst Moritz Arndt:** „Das ganze Deutschland soll es sein“. Arndt wurde wegen seines Eintretens für Deutschlands Einheit 1819 verhaftet und seines Amtes enthoben.

**Hoffmann von Fallersleben:** „Einigkeit und Recht und Freiheit!“

**Ferdinand Feiligrath:** „Die Freiheit ist die Republik, und abermals die Republik! Pulver ist schwarz, Blut ist rot, golden flackert die Flamme“.

**Turnvater Jahn:** „Mein Schild führt die Farben schwarz-rot-gold und darin steht geschrieben: „Einheit, Freiheit, Vaterland“. (Rede im Frankfurter Parlament 1894).

**Fahnspruch der Lützower 1813:** „Schwarz, wie die Nacht der Knechtschaft, die wir abschütteln wollen“, „Rot, wie das Blut, das der Kampf kosten wird“, „golden, wie die Freiheitssonne, die dem Vaterlande aufgehen soll“.

**Die deutsche Flagge:** „In Kümmernis und Dunkelheit, da mußten wir sie bergen! Nun haben wir sie doch befreit, - befreit aus ihren Särgen; Ei, wie sie blitzt und rauscht und rollt! Hurra, du Schwarz, du Rot, du Gold!“ (Ferdinand Feiligrath 1848).

**Friedrich Schiller:** „Deutsches Reich und deutsche Nation sind zweierlei Dinge. Die Majestät des Deutschen ruhte nie auf dem Haupte seiner Fürsten. Abgesehen von einem politischen, hat der Deutsche sich einen eigenen Weg gegründet. Und wenn auch das Imperium

unterginge, so bleibt die deutsche Würde unangefochten. Sie ist eine stattliche Größe; sie wohnt in der Kultur und im Charakter der Nation, der von ihrem politischen Schicksal unabhängig ist“.

*Hans Bonkas*

## Hinein ins Volk!

Die soziale Gefühlskälte und damit Ungerechtigkeit in erschreckend hohem Ausmaß nimmt in unserem Land immer schlimmere Ausmaße an. Annähernd 10 Prozent der hiesigen Gesamtbevölkerung von 80,4 Millionen haben bereits weniger als die Hälfte des monatlichen individuellen Durchschnittseinkommens zur Verfügung und gelten daher als arm. Ein Ende dieser ebenso traurigen wie zum Himmel schreienden Zustände ist dabei leider nicht in Sicht. Im Gegenteil! Für dieses Jahr gehen die namhaften Wirtschaftsforschungsinstitute von einer gleichbleibend hohen Arbeitslosigkeit sowie relativ niedrigem Wirtschaftswachstum aus. Mit Brachialgewalt wird dann also weiterhin der Kampf um den Ausbau des „Wirtschaftsstandortes Deutschland“ geführt werden, der in seiner Endkonsequenz bisher Rationalisierung um jeden Preis ohne soziale Rücksichtnahme bedeutete. Seine Devise „Höhere Produktion mit weniger Arbeitskräften“ hat unserem Deutschland mittlerweile eine offiziell registrierte und also zugegebene Erwerbslosigkeit von 3,6 Millionen Menschen beschert. Auf der anderen Seite dieser imaginären Barrikade steht allein die anklagende Summe von mindestens 6 Milliarden DM, die diesem Staatswesen durch Korruption und öffentliche Steuergeldverschwendung vorenthalten worden sind.

Sicherlich - nicht wenige SPD-Politikerinnen und Politiker sind gegen diese total aus dem Lot geratenen Verhältnisse und auch um wohlfeile Formulierungen nicht verlegen. Das ist natürlich gut, aber leider nicht genug, damit aus dieser Republik endlich wieder das wird, wofür Kurt Schumacher und viele andere kämpften und litten: ein sozial gerechtes Deutschland, das jedem arbeitswilligen Menschen Schutz und Fürsorge schafft.

Der Hauptfeind dieser Zielsetzung ist bereits seit Jahren ganz klar auszumachen. Er heißt ungezügelter Konsumrausch und übersteigter Materialismus. Deren Wurzeln wiederum liegen im nicht nur die Medienwelt beherrschenden Amerikanismus, der in seinem Herkunftsland mehr denn je für sozial rücksichtslose Verhältnisse sorgt, wo beispielsweise die öffentliche Krankenversicherung immer schärfer unter den Beschuß republikanischer Politmillionäre gerät.

Diese Verhältnisse und Gefahrenmomente klar beim Namen zu nennen, wäre Aufgabe freiheitlich-sozialistischer Politik.

Jawohl, sozialistischer Politik! Denn trotz aller Entartungen und Mißbräuche im Lauf der Geschichte ist diese Idee, welche seit dem vorigen Jahrhundert viele Menschen in ihren Bann geschlagen hat, notwendiger denn je.

Freiheit und Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität - Leitbilder, unter denen die Arbeiterbewegung und auch das Reichsbanner kämpften, darben, litten, starben - sie bedürfen nach wie vor einer Integration in heutige deutsche Politik, die endlich den Satz des sozialdemokratischen Grundsatzprogramms erfüllt, wonach „das Kapital dem Menschen und nicht der Mensch dem Kapital zu dienen“ hat.

Viele mögen solche Sätze und Forderungen als blanke Illusion abtun. Der Wert einer Vision liegt aber gerade darin, daß sie über den Tag hinaus denkt und schaut. Vieles, das uns heute noch als selbstverständlich erscheint, wie Acht-Stunden-Tag oder soziale Absicherung, konnte ja auch erst deshalb verwirklicht werden, weil es seinerzeit Vorkämpfer dafür in einer solchen Gedankengängen verschlossenen Gesellschaft gab.

Infolgedessen müßte es geradezu zukünftig um die Formierung einer politisch bewußten Bewegung gegen den Zeitgeist der gesellschaftlichen Apathie und Trägheit gehen, dem die Kräfte der reaktionären Erstarrung ihr Machtdasein mit zu verdanken haben.

Wahrer Sozialismus - in Deutschland heute genauso ein Fremdwort wie vor gut hundert Jahren - er bleibt eine Forderung für jeden, der sich noch einen Blick für Not und gesellschaftliche Ungerechtigkeiten bewahrt hat. Ihn vorzuleben, ist dabei eine Aufgabe, welche ein jeder bei etwas gutem persönlichem Willen erfüllen könnte, heißen doch seine Grundbestandteile Hilfe für den Schwachen und Bemühung um Verbesserung seiner künftigen Situation.

Treue gegenüber solchen Werten zeichnet den wahren Sozialisten aus. Bleiben oder werden wir also derartige Kämpfer für eine Sache, unter deren Fahne auch unser Reichsbanner stritt und litt!

*Dr. pol. Josef Haas, Bamberg*

## Betrifft: Seminare

Die von uns vom 25.8. - 28.8.95 in Dresden und vom 13.11. - 17.1.95 in der Akademie Frankenwarte in Würzburg durchgeführten Seminare haben bei Teilnehmern und Referenten sehr viel Beifall gefunden. Viel dazu beigetragen hat auch, daß wir hervorragende Referenten gewinnen konnten. So standen uns in Dresden das Mitglied des SPD-Bundesvorstandes, Angelika Barbe, die SPD Bundestagsabgeordnete Stefan Hilsberg (Berlin), Rolf Schwanitz (Plauen) und der ehemalige Leiter des Bundeshauses in Berlin, Hermann Kreuzer, zur Verfügung.

In Würzburg konnten wir den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden, Ignatz Bubis, als Referent gewinnen. Die weiteren Referenten dieses Seminars, Frank S. Rödiger, Leiter der Gustav Stresemann Akademie in Bad Beversen, sowie Oberstaatsanwalt Dr. Grasemann aus Braunschweig haben uns bestärkt, diese Art Seminare „Zeitzeugen der NS- und SED-Diktaturen diskutieren mit Berufsschülern“ unbedingt fortzusetzen. So schrieb uns Frank S. Rödiger: „Ich habe in meiner nunmehr 25-jährigen Praxis als Erwachsenenbildner Seminare in dieser Form noch nicht erlebt und kann sie dazu nur

beglückwünschen und sie bestärken, darin fortzufahren“, und Dr. Grasemann: „Nach den Seminaren in Freudenberg, Dresden und Würzburg möchte ich Sie ermutigen, Ihren Weg, die Generationen gemeinsam lernen zu lassen, weiter zu gehen.“

Wir weisen deshalb schon jetzt darauf hin, daß wir in diesem Jahr vom 6. - 9.3. in der Gustav Heinemann Akademie in Freudenberg und vom 28. - 31.5. in der Akademie Frankenwarte Seminare durchführen. Es ist uns eine besondere Freude, daß bei dem Seminar in Freudenberg die Witwe unseres früheren Bundesvorsitzenden Prinzessin Helga zu Löwenstein und sein langjähriger Kampfgefährte, Dr. Volkmar von Zühlsdorff, ihre Teilnahme zugesagt haben.

Zwei weitere Seminare sind in Bad Beversen und Berlin geplant. Interessenten können sich schon jetzt bei Kamerad Hans Bonkas, Im Hermeshain 20, 60388 Frankfurt/Main anmelden.

*Hans Bonkas*

